

*Frank Decker*

## Gespaltene Gesellschaft, polarisierte Politik?

Wie sich die Demokratie unter dem Druck des Populismus verändert

*Zusammenfassung:* Die Stabilität der Demokratie hängt davon ab, dass politische Konflikte friedlich, geregelt und lösungsorientiert ausgetragen werden. Auch in Deutschland wird sie heute durch illiberale und autoritäre Tendenzen zunehmend bedroht. Die nachfrageseitigen Ursachen dafür liegen in längerfristigen Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sowie kurzfristig verdichteten Krisenereignissen, die die Bevölkerung verunsichern. Gleichzeitig verbessern sich die Wettbewerbsbedingungen populistischer Herausfordererparteien auf der Anbieterseite, nicht zuletzt durch die sozialen Medien. Ob die Verschärfung von wertebezogenen und Verteilungskonflikten als Spaltung der Gesellschaft angemessen beschrieben werden kann, ist fraglich. Treffender erscheint es, von einer Fragmentierung zu sprechen, die mit einer Radikalisierung der politischen Ränder einhergeht. Um das populistische Wählerpotenzial zu reduzieren, gilt es beidem entgegenzuwirken.

*Schlüsselwörter:* Demokratie, Konflikt, Populismus, Konfliktlinien, Polarisierung, gesellschaftlicher Zusammenhalt

*Frank Decker:* Divided society, polarized politics? How democracy is changing under the pressure of populism

*Summary:* The stability of democracy depends on political conflicts being resolved peacefully, regulated and solution-oriented. In Germany too, it is increasingly threatened today by illiberal and authoritarian tendencies. The demand-side causes for this lie in long-term changes in the economy and society as well as short-term crisis events that unsettle the population. At the same time, the competitive conditions for populist challenger parties on the supply side are improving, not least through social media. It is questionable whether the exacerbation of value-related and distributional conflicts can be adequately described as a division in society. It seems more appropriate to speak of fragmentation, which goes hand in hand with a radicalization of the political fringes. In order to reduce the populist voter potential, both must be counteracted.

*Keywords:* Democracy, conflict, populism, lines of conflict, polarization, social cohesion

*Frank Decker,* Dr. rer. pol., Dipl.-Pol., Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn und Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP).

Kontakt: frank.decker@uni-bonn.de

### *Demokratie und Konflikt*

Demokratien, die diesen Namen verdienen, sind freiheitliche und pluralistische Demokratien. Ihr Wesen ist »gestatteter, ausgetragener, geregelter Konflikt«, so hat es der Soziologe und Theoretiker des Liberalismus Ralf Dahrendorf einmal ausgedrückt.<sup>1</sup> Konflikte kann es auch nicht-demokratischen Gesellschaften geben. Dort sind sie aber zunächst nur ein empirisches Faktum, vor allem in Gestalt von Machtkonflikten, und kein normativ akzeptiertes Prinzip. Die Akzeptanz von Konflikten ergibt sich aus der Anerkennung der Legitimität von Meinungs- und Interessenunterschieden. Diese Unterschiede werden nicht nur als gegeben, sondern als wichtig und wünschenswert betrachtet, weil sie zur schöpferischen Selbstverbesserung der Gesellschaft beitragen. Es ist also nicht der Konflikt als solcher, der die freiheitliche oder pluralistische Demokratie in ihrem Kern ausmacht, sondern der Glaube an den Wert der Vielfalt.<sup>2</sup>

Anknüpfend an diese Prämisse bemisst sich die Qualität von Demokratien daran, wie in ihnen Konflikte ablaufen und ausgetragen werden. Hier kommen weitere Prinzipien ins Spiel.

*Erstens* muss es friedlich-schiedlich zugehen. Das bedeutet, dass die Konfliktteilnehmer sich in der Auseinandersetzung an bestimmte Regeln halten und das Ergebnis der Auseinandersetzung, wenn sie in eine Entscheidung oder einen Beschluss mündet, akzeptieren. Eine zentrale Rolle kommt der Mehrheitsregel zu; sie stellt für die Angehörigen der unterliegenden Minderheit eine Zumutung dar, die sie ertragen müssen.<sup>3</sup> Demokratien brauchen mithin einen Grundkonsens über demokratische Werte und Verfahren. Diese bleiben dem politischen Streit entzogen, stehen also nicht zur Disposition.<sup>4</sup>

*Zweitens* muss der Konfliktaustrag ergebnis- bzw. lösungsorientiert sein. Dies setzt sowohl eine Orientierung an der Sache selbst voraus, die nicht mit sachfremden Motiven vermischt werden sollte, als auch die Bereitschaft zur Mäßigung und Kompromissbildung, damit eine Entscheidung überhaupt zustande kommt und die Teilnehmer sich nicht wechselseitig blockieren. Dem steht nicht entgegen, dass die Trennlinie zu rein persönlichen oder Machtkonflikten im Einzelfall nur schwer zu ziehen ist – Macht

1 Ralf Dahrendorf, *Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft*, München 1972, S. 7.

2 Vgl. Giovanni Sartori, *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Cambridge 1976, S. 13.

3 Dass die Demokratie als voraussetzungsreiche Staatsform generell eine Zumutung darstellt bzw. für ihre Bürger mit Zumutungen verbunden ist, wird in der neueren Literatur wieder stärker betont. Vgl. z.B. Sophie Schönberger, *Zumutung Demokratie. Ein Essay*, München 2023; Felix Heidenreich, *Demokratie als Zumutung. Für eine andere Bürgerlichkeit*, Stuttgart 2022.

4 Der Nestor der Demokratie- und Pluralismustheorie in Deutschland, Ernst Fraenkel, hat in diesem Zusammenhang treffend vom »unstreitigen Sektor« des demokratischen Verfassungsstaates gesprochen, im Unterschied zum »streitigen Sektor«, in dem die politikinhaltlichen Konflikte stattfinden. Vgl. Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, 6. Aufl., Stuttgart 1974, S. 64 f.

wird ja nicht nur um ihrer selbst willen angestrebt und ausgeübt, sondern stellt auch ein Vehikel dar, um Sachpositionen durchzusetzen.

*Drittens* schließlich sollten die Konflikte so ausgetragen werden, dass sie ein Maximum an allgemeiner Wohlfahrt herbeiführen. In der Demokratietheorie bezeichnet man dies als Output-Legitimation.<sup>5</sup> Hier geht es um die funktionale Bedeutung von Konflikten bzw. ihren gesellschaftlichen Nutzen. Eine wesentliche Rolle spielt die Qualität des Diskussions- und Beratungsprozesses, welcher der Entscheidung vorausgeht. Theoretiker der deliberativen Demokratie wie Jürgen Habermas betrachten diese als diskursiven und öffentlich gemachten Austausch von Argumenten gleichberechtigter Teilnehmer, bei dem das bessere Argument im Idealfalle die Oberhand behält.<sup>6</sup>

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die zuerst genannten Prinzipien, den friedlichen Austrag der Konflikte und die Kompromissbereitschaft. Beide gewinnen für die Demokratie gleichsam existenzielle Bedeutung, während eine Einbuße an Leistungs- und Regierungsfähigkeit, die eine Folge minderer Entscheidungsqualität darstellt, von demokratisch regierten Gesellschaften in gewissen Grenzen durchaus verkraftet werden kann. Und es sind gerade diese Prinzipien, die heute zunehmend ins Wanken geraten und vielerorts als längst nicht mehr selbstverständlich betrachtet werden. Nicht nur hat die Zahl der als konsolidiert geltenden Demokratien weltweit seit Mitte der 2000er-Jahre abgenommen. Auch in manchen altherwürdigen Demokratien wird deren Stabilität durch illiberale und autoritäre Tendenzen im Inneren bedroht, man denke etwa an die USA. Einige Politikwissenschaftler warnen in diesem Zusammenhang bereits beschwörend von einem »Niedergang« oder »Zerfall« der Demokratie<sup>7</sup>, andere sprechen neutraler von einer »Regression« oder von »democratic backsliding«.<sup>8</sup>

Wie lässt sich diese besorgniserregende Entwicklung, die ihren Hauptausdruck im Aufstieg eines aggressiv auftretenden, demokratiefeindlichen Populismus findet, erklären? Und warum findet dieser Populismus, der die Auflösung des demokratischen Grundkonsenses betreibt und sein autoritäres Gegenmodell propagiert, in unseren Gesellschaften wachsende Unterstützung?<sup>9</sup> Um Antworten darauf zu finden, müssen wir sowohl auf die Nachfrageseite der Wähler bzw. Bürger als auch auf die Angebotsseite der politischen Wettbewerber blicken.

5 Vgl. Fritz W. Scharpf, *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970.

6 Vgl. Jürgen Habermas, »Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Demokratie« in: Herfried Münkler (Hg.), *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie*, München / Zürich 1992, S. 11–24.

7 Vgl. Steven Levitzky / Daniel Ziblatt, *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, München 2018; Yascha Mounk, *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*, München 2018.

8 Vgl. Armin Schäfer / Michael Zürn, *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*, Berlin 2021.

9 Vgl. Frank Decker u.a. (Hg.), *Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den Populismus*, Baden-Baden 2022.

*Verunsicherung in neuen Krisenzeiten*

Auf der Nachfrageseite lassen sich die Ursachen der Unzufriedenheit, die einen zunehmenden Teil der Bürger von den politischen Entscheidungsträgern in Staat und Parteien entfremdet und in die Arme der Populisten treibt, vielleicht am besten mit dem Begriff der »Verunsicherung« auf einen Nenner bringen. Langfristige Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft und die immer kürzere Abfolge sich verdichtender Krisenereignisse in den letzten beiden Jahrzehnten kommen dabei zusammen.<sup>10</sup> Zu den langfristigen Veränderungen gehören die seit den Neunzigerjahren beschleunigte Globalisierung, die damit verbundene »neoliberale« Unterwerfung der Wirtschaft unter die Imperative des Marktes, die verstärkten Tendenzen der Individualisierung und »Singularisierung« in einer diverser werdenden Gesellschaft und die Notwendigkeit einer umfassenden ökologischen Transformation der Wirtschaft, die der Klimawandel bedingt.

Die verdichteten Krisenereignisse setzten mit der am 11. September 2001 in den USA begonnenen Serie islamistischer Terroranschläge ein. Ihr folgte die weltweite Finanzkrise 2007/08. Sie mündete in Europa in eine Krise der Währungsunion, die vor allem die südeuropäischen Länder hart traf und bei der Griechenland 2015 nur knapp seinem Ausschluss entging. Im selben Jahr spitzte sich die Flüchtlingssituation durch die Kriege im Nahen Osten und den Zustrom aus Teilen Afrikas dramatisch zu, was in der Bundesrepublik zu heftigen innenpolitischen Verwerfungen führte und dem Rechtspopulismus in Gestalt der 2013 im Gefolge der Eurokrise entstandenen AfD zum Durchbruch verhalf. Auch andernorts verstärkten sich die Fliehkräfte. 2016 stimmte eine knappe Mehrheit der Briten für den Austritt ihres Landes aus der EU. Und in den USA beendete die Wahl des Anti-Politikers und erklärten EU-Gegners Donald Trump zum US-Präsidenten im selben Jahr die Ära des Multilateralismus und der verlässlichen transatlantischen Partnerschaft.

Als ob das noch nicht genug wäre, traf die demokratische Staatengemeinschaft ein unerwartetes Krisenereignis 2020 unvorbereitet und zur Unzeit: die Coronapandemie. Mit ihr gerieten die Demokratien – auch die deutsche – eineinhalb Jahre lang in einen Ausnahmezustand, mussten doch im Kampf gegen das Virus zum ersten Mal Freiheitsrechte drastisch eingeschränkt werden. Gleichzeitig kam es durch die Störung globaler Lieferketten zu Beeinträchtigungen des Welthandels und der Versorgungssicherheit, die bis heute anhalten. Und kaum war die Coronadebatte abgeflacht, sahen sich die Regierungen in Europa und den USA durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine seit 2022 einer weiteren, bis dahin nicht gekannten Herausforderung gegenüber, die die Konstanten der Außen- und Friedenspolitik in Frage stellte und mit der steigenden Inflation und drohenden Energieverknappung ebenfalls massive ökonomische Folgen nach sich zog.

Dass all diese Entwicklungen und Ereignisse zur Verunsicherung erheblicher Teile der Bevölkerung geführt haben und weiter führen, kann nicht überraschen. Ablesbar

10 Vgl. Frank Decker, *Die deutsche Demokratie*, Bonn 2022, S. 285 ff.

ist sie an wachsender Zukunftsangst und dem Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen. Laut einer im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten Befragung erwarteten im Juli/August 2022 nicht einmal ein Fünftel der Befragten von der Zukunft etwas Besseres.<sup>11</sup> Man muss nicht bis in die Siebzigerjahre zurückblicken, als dieser Wert noch bei 90 Prozent lag, um die Tragweite des Befundes zu begreifen. Am meisten Sorgen machen den Menschen der Klimawandel, die wachsende Kriegsgefahr, die zunehmende Feindlichkeit in der Gesellschaft und hier speziell der Rechtsextremismus sowie die drohenden Wohlstandsverluste. Die Ostdeutschen sorgen sich vor Kriegsgefahr und Wohlstandsverlusten stärker als die Westdeutschen. Noch größer ist der Abstand bei der Zuwanderung, die im Westen 2022 mehrheitlich nicht als sorgenbereitendes Problem betrachtet worden ist, im Osten aber von mehr als zwei Dritteln.<sup>12</sup>

Die Unsicherheit, die aus diesen Zahlen spricht, hat eine ökonomische und eine kulturelle Dimension. Damit knüpft sie an die beiden Grundkonflikte an, die unsere Gesellschaften politisch prägen und die Struktur ihrer Parteiensysteme bestimmen.<sup>13</sup> In der ökonomischen Sphäre geht es um Verteilungsfragen. Hier stehen sich die Grundpositionen der Marktfreiheit und staatlichen Intervention gegenüber. Während die einen die Ergebnisse des Marktes im Prinzip als gerecht ansehen, möchten die anderen sie durch politische Maßnahmen im Sinne einer größeren sozialen Gleichheit korrigieren. In der kulturellen Sphäre haben wir es mit Wertekonflikten zu tun. Wurden diese früher (und in manchen Gesellschaften auch gegenwärtig noch) durch die Religion bzw. Konfession geprägt, liegen ihr heute allgemeiner gehaltene Einstellungsmuster und -merkmale zugrunde. Auf der einen Seite stehen liberale Haltungen wie Toleranz, nonkonformistisches Denken, Kosmopolitismus und Multikulturalität, auf der anderen Seite konservative oder autoritäre Positionen wie Ordnungsdenken, Festhalten an konventionellen Lebensformen, Nationalismus und Vorbehalte gegenüber Minderheiten.

Die Theorien des postmaterialistischen Wertewandels und der Mainstream der heutigen Populismusforscher gehen davon aus, dass der Werte- gegenüber dem Verteilungskonflikt allgemein an Bedeutung gewonnen hat. Der Rechtspopulismus wird dabei häufig als Reaktion auf die linksliberale sogenannte Identitätspolitik interpretiert, die sich für die Rechte bestimmter, vermeintlich benachteiligter Gruppen in der Gesellschaft stark macht und deren Gleich- bzw. Besserstellung einfordert.<sup>14</sup> Hier könnte zugleich eine Erklärung für die zunehmende Polarisierung der Parteiensysteme und

11 Vgl. Volker Best u.a., *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?*, Bonn 2023, S. 15 ff.

12 Die Umfrage wurde durchgeführt, bevor das Migrationsthema – bedingt durch die wieder ansteigenden Flüchtlingszahlen aus dem Nahen Osten und Afrika und die gleichzeitig aufgenommenen ukrainischen Kriegsflüchtlinge – ab der zweiten Jahreshälfte 2023 auf der Agenda der von den Bürgern als wichtig betrachteten Probleme wieder ganz nach oben rückte.

13 Vgl. Frank Decker, *Parteiendemokratie im Wandel*, 2. Aufl., Baden-Baden 2018, S. 53 ff.

14 Vgl. Frank Decker / Eckhard Jesse / Roland Sturm, *Politik in stürmischer Zeit. Deutschland in den 2020er-Jahren*, Bonn 2023, S. 124 ff.

das Auftreten demokratiegefährdender Tendenzen liegen: Identitätspolitische Fragen sind als »Wahrheitsfragen« hochgradig moralisch aufgeladen und von daher weniger für die Kompromissbildung geeignet als Verteilungsfragen.<sup>15</sup>

In den USA lässt sich dieser Rigorismus etwa bei den militanten Abtreibungsgegnern beobachten, in Europa bei den »Skeptikern« der Zuwanderung (und – neuerdings – bei den Verfechtern eines strengen Klimaschutzes<sup>16</sup>). Wer in der Abtreibung einen Verstoß gegen das göttliche Recht sieht oder wer glaubt, dass ein Land sich durch die Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen selbst »abschafft«<sup>17</sup>, wird denen, die Abtreibungen zulassen und die Zuwanderung ermöglichen, wenig Toleranz entgegenbringen. Der politische Gegner gerät so leicht zum Feind, dem man die moralische Integrität und damit zugleich die demokratische Legitimität grundsätzlich abspricht. Ein solcher Feind gehört nicht nur bekämpft, sondern muss ausgeschaltet werden. Dafür sind dann auch undemokratische oder ungesetzliche Mittel recht.

### *Die neue Virulenz der Verteilungskonflikte*

Die These einer Dominanz der Wertepolitik bedarf allerdings in zweierlei Hinsicht der Relativierung. Zum einen übersieht sie, dass die Verteilungskonflikte keineswegs an Bedeutung eingebüßt haben, sondern im Zuge des nachlassenden wirtschaftlichen Wachstums seit den Siebzigerjahren ebenfalls größer geworden sind. Der Grund liegt in der abnehmenden Verteilungsmasse. Solange die Reallöhne stiegen und der Sozialstaat ausgebaut wurde, konnten alle Gruppen vom Aufschwung profitieren, sodass sich die Konflikte nach der Logik eines Positivsummenspiels leicht befrieden ließen. Die anschließenden Transformationsprozesse – von der Industrie- zur Dienstleistungs- und von der Dienstleistungs- zur heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft – waren und sind dagegen durch eine wachsende Zahl von Verlierern gekennzeichnet.<sup>18</sup> Viele Menschen erfahren durch Niedriglöhne und Leistungskürzungen Einbußen und fühlen sich von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt. Gleichzeitig ist der sozial- und wirtschaftspolitische Grundkonsens der Parteien und Tarifpartner zerbrochen, der die Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik lange Zeit begleitet hatte. Mit der ökologischen Transformation stehen jetzt

15 Vgl. Wolfgang Merkel, *Im Zwielficht. Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 2023, S. 373.

16 Merkel (ebd.) zieht den Kreis noch weiter, wenn er – durchaus zu Recht – konstatiert, die Treiber der Polarisierung seien »nicht nur auf Seiten rechter Nationalpopulisten, sondern auch bei den selbstgerechten Hütern der ›überlegenen‹ Moral des linksliberalen – oder besser – linksidentitären Lagers zu finden.« Anders als die Rechten haben die Hüter der linken Werte, wo sie als Regierungsvertreter die Möglichkeit dazu hatten, bislang aber nirgendwo versucht, die Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit selbst anzutasten.

17 So der Buchautor und frühere SPD-Politiker Thilo Sarrazin, nachzulesen in einem der meistverkauften Sachbücher der letzten Jahrzehnte. Vgl. Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München 2010.

18 Vgl. Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019.

weitere, vielleicht noch größere Verwerfungen ins Haus, auf die die Parteien konzeptionell bislang kaum vorbereitet sind.<sup>19</sup>

Zum anderen lässt sich eine genaue Trennlinie zwischen ökonomischen und wertebezogenen Konflikten häufig gar nicht ziehen, da beide eng miteinander verwoben sind. Das zeigt sich etwa beim Thema Migration. Wertebezogene Konflikte über die kulturelle Zugehörigkeit der Zuwanderer verquicken sich hier mit verteilungsbezogenen Auseinandersetzungen um Löhne und staatliche Leistungen, die vor allem das untere Drittel oder Viertel der Bevölkerung, aber auch die um ihren Abstieg fürchtenden Mittelschichten betreffen. Andere, denen es wirtschaftlich vielleicht noch besser geht, finden wiederum die Tendenzen der Singularisierung und multikulturellen Vielfalt verstörend, die Soziologen als Kennzeichen der heutigen Moderne beschreiben.<sup>20</sup> Sie gewinnen ihnen jedenfalls nicht nur Positives ab, fühlen sich durch sie in ihrer eigenen Arbeit und Lebensführung entwertet. Beides zusammengenommen lässt den Zusammenhalt in der Gesellschaft, der die Grundlage sozialen und politischen Vertrauens darstellt, erodieren.

Wie die ökonomischen und kulturellen Ursachen der Demokratiekrise genau zusammenwirken, bleibt unter den Interpreten des Rechtspopulismus umstritten. Die von manchen vertretene These, die kulturellen Konflikte dienen den populistischen Akteuren lediglich dazu, die ökonomischen Probleme »aufzuladen«, weil dies die politische Mobilisierung erleichtere, greift in zweierlei Hinsicht zu kurz.<sup>21</sup> Zum einen setzt sich der kulturelle Konflikt aus unterschiedlichen Streitfragen und Unterkonflikten zusammen, von denen verteilungspolitisch nicht alle die gleiche Relevanz besitzen wie die Zuwanderung. Die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen nimmt zum Beispiel niemanden etwas weg. Und zum anderen behalten die wertebezogenen Konflikte jenseits der verteilungspolitischen Aspekte eine eigenständige Bedeutung – und zwar umso mehr, je größer die kulturellen Unterschiede zwischen den Zuwanderern und der sie aufnehmenden Mehrheitsgesellschaft sind. Sie lassen sich also nicht einfach auf soziale Fragen reduzieren.

### *Der Strukturwandel der Öffentlichkeit durch die sozialen Medien*

Neben der Nachfrageseite muss sich die Aufmerksamkeit auf die Angebotsseite des politischen Systems und deren Veränderungen richten. Ein Erfolgsfaktor des Rechtspopulismus, der lange Zeit ausgeblendet wurde, weil er in der Etablierungsphase der meisten dieser Parteien in den Achtziger- und Neunzigerjahren noch keine Bedeutung hatte, betrifft das Aufkommen der sozialen Medien und den durch sie verursachten

19 Exemplarisch dafür steht der Vertrauensschaden, den die deutsche Bundesregierung durch das schlecht vorbereitete Gebäudeenergiegesetz, die vom Verfassungsgericht gestoppte Umwidmung nicht verbrauchter Coronakredite für den Klimaschutz oder das nicht-eingelöste Versprechen eines kompensatorischen Klimageldes verursacht hat.

20 Vgl. Andreas Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin 2016.

21 Vgl. z.B. Philip Manow, *Die politische Ökonomie des Populismus*, Berlin 2018.

Wandel der Öffentlichkeit.<sup>22</sup> Auch ohne klare Befunde der hierzu erst langsam einsetzenden Forschung entzündet die Frage leidenschaftliche Kontroversen. Während die wohlwollenden Stimmen den Beitrag der sozialen Netzwerke zur Erweiterung der Meinungsfreiheit, Vergrößerung der publizistischen Vielfalt und Ermöglichung politischer Partizipation loben, verweisen Kritiker auf die Gefahren einer zunehmenden Fragmentierung und Polarisierung der Öffentlichkeit, die das Schwinden des gesellschaftlichen Zusammenhalts befördere und die auf gegenseitigem Respekt und Kompromisswillen gründenden Funktionsbedingungen der Demokratie untergrabe.

Das Neuartige der neuen Medien liegt in ihrem Plattformcharakter. Sie heben den im traditionellen System bestehenden Gegensatz von Erzeugern und Rezipienten der Medieninhalte auf, indem sie jedem oder jeder Einzelnen gestatten, sich im öffentlichen Meinungskampf zu Wort zu melden und damit quasi journalistisch tätig zu werden. Was früher vielleicht genauso gedacht und an den Stammtischen ausgesprochen wurde, dort aber im geschützten Raum blieb, kann heute ungeschützt und ungefiltert in die Öffentlichkeit »hinausposaunt« werden. In die so produzierten Erregungswellen müssen auch die traditionellen Medien einstimmen, wenn sie Aufmerksamkeit generieren und behalten wollen – und zwar mit immer größerer Schlagzahl.<sup>23</sup> Der Qualitätsjournalismus gerät dadurch unter Druck.

Auf der politischen Akteursseite lässt sich die Vermutung eines bevorzugten Einsatzes der sozialen Medien durch die Außenseiter eindrucksvoll bestätigen. So wie die Rechtspopulisten in anderen Ländern, hat die AfD in der Bundesrepublik bei Facebook, TikTok<sup>24</sup> und Co. deutlich die Nase vorn. Der Kommunikationswissenschaftler und Politikberater Johannes Hillje, von dem die bisher gründlichste Studie zu diesem Thema stammt, charakterisiert die AfD als »digitale Massenkommunikationspartei« neuen Stils, der es unter den Bedingungen der Digitalisierung gelungen sei, »als Partei selbst zum Massenmedium« zu werden.<sup>25</sup> Einen großen Teil ihrer Organisations- und Kampagnenstärke verdankt die AfD der Möglichkeit, ihre Wähler unter Umgehung der herkömmlichen Medien über die sozialen Netzwerke direkt anzusprechen. Um dort Aufmerksamkeit zu generieren, setzt sie auf bewusste politische Provokationen. Gleichzeitig ermöglicht ihr das Nicht-Angewiesensein auf die traditionellen Medien, die letzteren als Teil des politischen Establishments zu brandmarken, das mit den Regierenden unter einer Decke stecke. Dies gelte vor allem für den angeblich von den Parteien beherrschten öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

22 Vgl. Jürgen Habermas, *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*, Berlin 2022.

23 Vgl. Henrik Müller, *Kurzschlusspolitik. Wie permanente Empörung unsere Demokratie zerstört*, München 2020.

24 In der verstärkten Nutzung von TikTok könnte eine Erklärung dafür liegen, dass die AfD bei den jüngsten Landtagswahlen in Hessen und Bayern (Oktober 2023) in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen Wähler überproportional zugelegt hat. Deren Zuspruch bewegte sich dort im Mittel des Wahlergebnisses.

25 Johannes Hillje, *Das »Wir« der AfD. Kommunikation und kollektive Identität im Rechtspopulismus*, Frankfurt a.M. 2022, S. 73.

Die neuen Formen der »unbeaufsichtigten« Rede, die durch die sozialen Medien entstanden sind, werfen aus demokratischer und rechtsstaatlicher Sicht vielfältige Probleme auf – etwa mit Blick auf die Verbreitung von Hasspropaganda oder gezielten Falschnachrichten. Sie durch regulatorische Maßnahmen in den Griff zu bekommen, ist nicht nur faktisch schwierig, sondern auch rechtlich, weil es eine klare Grenze zwischen verwerflichen und noch zulässigen Meinungsäußerungen nicht gibt.<sup>26</sup> Dies lenkt den Blick auf die Frage, wie die demokratischen Institutionen und Akteure mit dem Populismus umgehen und wie sie die Demokratie vor Extremismus schützen sollen. Die hierzu in der Literatur gemachten Vorschläge wirken in ihrer Allgemeinheit manchmal wohlfeil und etwas hilflos, aber wer hätte in diesen Fragen schon den Stein der Weisen? So wie es ein komplexes und längerwieriges Unterfangen darstellt, die »nachfrageseitigen« Ursachen der Vertrauenskrise anzugehen, so schwierig bleibt es, die politischen Nutznießer der Krise angemessen und wirksam zu bekämpfen.

### *Gesellschaftliche Fragmentierung und Radikalisierung am rechten Rand*

Über das Ausmaß der Polarisierung und ihre Tragweite unter Demokratiegesichtspunkten bestehen unter den politischen und wissenschaftlichen Beobachtern unterschiedliche Meinungen. Während die einen von einer »Spaltung« der Gesellschaft sprechen und einen regelrechten »Kulturkampf« heraufziehen sehen, zeichnen andere das Bild einer fragmentierteren, aber nicht notwendigerweise polarisierteren Gesellschaft. Was stimmt? Lässt man die Geschichte der Bundesrepublik Revue passieren, wird man die These kaum aufrecht erhalten können, früher sei alles gemäßiger oder gesitteter zugegangen. Im Gegenteil: Gerade die drei Nachkriegsjahrzehnte, die uns heute als Goldene Ära des Wohlfahrtsstaates und der politischen Stabilität erscheinen, waren zugleich Hochzeiten der politischen Konfrontation. Wenn man sich erinnert, mit welcher Schärfe und ausgrenzenden Rhetorik die deutschen Christ- und Sozialdemokraten einander in den Siebzigerjahren bekämpft haben (»Ihre Republik ist nicht unsere Republik«), kommt einem der Unterschied zur Agitation der heutigen Rechtspopulisten nicht sonderlich groß vor. Namensverballhornungen, der drohende Zeigefinger oder Verbalinjurien, wie sie damals gepflegt wurden, sind heute zumindest unter den demokratischen Parteien Tabu – jedenfalls im Parlament. Dennoch würde niemand bezweifeln, dass es sich bei den Protagonisten der damaligen Polarisierung – Herbert Wehner, Franz Josef Strauß, Helmut Schmidt und Helmut Kohl – um überzeugte Demokraten gehandelt hat.

Eine ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf die außerparlamentarische Sphäre. Auch das Protestgeschehen hat in der Bundesrepublik nicht erst mit den Querdenkern oder den Klimaklebern der Letzten Generation militant-aggressive Züge angenommen, denkt man zum Beispiel an die 68-Bewegung, die Hausbesetzerszene oder den Widerstand gegen Atomenergie und atomare Rüstung in den Siebziger- und Achtzigerjahren

26 Vgl. Timothy Garton Ash, *Redefreiheit. Prinzipien für eine vernetzte Welt*, München 2016.

zurück.<sup>27</sup> Teile der revoltierenden Linksradiakalen sind damals sogar in den Terrorismus abgeglitten, der mit den Mordtaten der RAF in den Siebzigerjahren seinen blutigen Höhepunkt fand. Ab den Achtzigerjahren verlagerten sich Gewalttätigkeit und Terrorismus zunehmend nach rechts. Beginnend mit dem bis heute nicht aufgeklärten Anschlag auf das Münchener Oktoberfest (1980) über die Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (2000 bis 2007) bis zur Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (2019) zieht sich auch hier eine lange Blutspur durchs Land.

Relativiert werden muss die Rede von der zunehmenden Polarisierung ferner, wenn man die Meinungsverteilung zu relevanten gesellschaftlichen Konflikten betrachtet. Hier zeigt sich zum einen, dass die Menschen in den meisten Fragen mehrheitlich weiterhin gemäßigte, mittige Positionen einnehmen. Zum anderen bilden die vielfältigen Streitthemen, auch wenn sie sich – wie oben gezeigt – zu zwei Grundkonflikten zusammenfassen lassen, kein einheitliches Syndrom, bei dem man von der Haltung zu einer Frage automatisch auf die Haltung in einer anderen Frage schließen könnte. Wer für die Begrenzung der Zuwanderung und stärkere eigene Integrationspflichten der Migranten eintritt, muss nicht gleichzeitig die Besserstellung von sexuellen Minderheiten ablehnen.<sup>28</sup> Und wer sich in der Flüchtlingshilfe engagiert, tut das vielleicht auch wegen des damit verbundenen Gemeinschaftserlebnisses und nicht nur aufgrund seiner vermeintlich progressiven Ansichten. Die Entgegensetzung von »Kosmopoliten« und »Kommunitaristen«, die manche Autoren heute als Hauptkonflikt unserer Gesellschaften ausmachen wollen, geht an dieser Gemengelage vorbei.<sup>29</sup>

Genauso wichtig ist es, die unterschiedliche Bedeutsamkeit<sup>30</sup> der Themen im Auge zu behalten. Diese ist bei den »identitätspolitischen« Fragen, die sich um LGBT-Rechte<sup>31</sup>, gendergerechte Sprache und das Erbe des Kolonialismus ranken, geringer, als es die heftig ausgetragenen Debatten in Feuilletons und sozialen Medien vermuten lassen. Hier liegt ein deutlicher Unterschied zwischen den europäischen Ländern und den USA, wo die Hinwendung der Linken zur Identitätspolitik als einer der Hauptgründe für Donald Trumps Wahlsieg im Jahre 2016 gilt.<sup>32</sup> Anders als dort ist es in Europa zugleich gelungen, moralisch aufgeladene Konflikte wie die Abtreibungsfrage gesellschaftlich auszuhandeln und zu befrieden. Warum sollte das nicht auch bei der Migration möglich sein, die als Thema heute am meisten die Gemüter bewegt? Die

27 Vgl. Philipp Gassert, *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Stuttgart 2018.

28 Vgl. Steffen Mau / Thomas Lux / Linus Westheuser, »Triggerpunkte«. *Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin 2023.

29 Vgl. Frank Decker, »Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: eine neue Konfliktlinie in den Parteiensystemen?« in: *Zeitschrift für Politik* 66 (2019) H. 4, S. 445–454.

30 Der politikwissenschaftliche Fachbegriff dafür lautet Salienz.

31 Das Kürzel steht für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender. In der erweiterten Form (LGBTQIA+) treten queere, intergeschlechtliche, asexuelle und – durch das Pluszeichen markiert – sonstige Geschlechtsidentitäten hinzu.

32 Vgl. John B. Judis / Ruy Teixeira, *Where Have All the Democrats Gone? The Soul of the Party in the Age of Extremes*, New York 2023.

These, wonach wertbezogene Konflikte der Kompromissbildung nur schwer zugänglich sind oder sich ihr ganz entziehen, lässt sich auch in anderen Fällen widerlegen.

Ähnliche Fallstricke birgt der Begriff der Spaltung. Alltagssprachlich suggeriert er eine Teilung der Gesellschaft in etwa zwei gleich große, sich womöglich unversöhnlich gegenüberstehende Lager, die etwas Endgültiges hat und für die Stabilität der Demokratie deshalb nichts Gutes verheißt. Tatsächlich dürften die Spaltungs- oder Trennungslinien in den meisten Demokratien aber häufiger zwischen 70 und 30, 80 und 20 oder 90 und 10 Prozent der Bevölkerung verlaufen als zwischen der einen und anderen Hälfte. Statt von einer Spaltung sollte man besser von einer Radikalisierung der Ränder sprechen. Das Ausmaß der Polarisierung würde sich dann vor allem an der Größe dieser Ränder bemessen. Dass wir hier in den meisten westlichen Demokratien vor allem am rechten Rand inzwischen ein echtes Problem haben, steht außer Frage, wie nicht nur der wachsende Stimmenanteil der rechtspopulistischen Herausforderer belegt, sondern auch das Vordringen rechtsextremer Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft – ablesbar etwa an der Zustimmung zu Verschwörungstheorien.<sup>33</sup>

### *Was tun?*

Ab welcher Größenordnung der Unterstützung die systemfeindlichen Kräfte für die Demokratie tatsächlich bedrohlich werden können, mag von Land zu Land unterschiedlich sein. Für Deutschland könnte man sie bei etwa 30 Prozent ansetzen, was im Osten des Landes mancherorts schon erreicht ist. Die Debatte um die inzwischen längst bröckelnde Brandmauer zur AfD zeigt, dass es ab dieser Schwelle kaum noch möglich sein dürfte, die Populisten politisch zu umgehen oder sie mit repressiven Mitteln einzuhegen.

Die Politikwissenschaft betrachtet das Thema leider ebenso wie die Politik meistens als ein rein strategisches und bricht es auf die Frage herunter, ob aus elektoraler Sicht eher die Anpassung an den Populismus oder eine Abgrenzung von diesem ratsamer sei. Das Problem dieser Entgegensetzung liegt darin, dass sie zwischen der diskursiven und substanziellen Ebene häufig nicht genügend unterscheidet. Während es in der Forschung inzwischen viele Belege dafür gibt, dass eine Übernahme des populistischen Diskurses kontraproduktiv wirkt, weil sie diesen legitimatorisch aufwertet<sup>34</sup>, kann ein Einschwenken auf die Forderungen und Ziele der Populisten durchaus lohnen, wenn sie mit effektiven Problemlösungen verbunden ist. Vertreter der letztgenannten Position verweisen in diesem Zusammenhang gerne auf das Beispiel der dänischen Sozialdemokratie, die es durch ihren Kurswechsel in der Migrationspolitik geschafft

33 Vgl. Volker Best u.a. (Anm. 11), S. 53 ff.

34 Vgl. Anna-Sophie Heinze, »Learning how to Respond to the AfD. Uploading from the Sub-national to the National Level?« in: Manès Weisskircher (Hg.), *Contemporary Germany and the Forth Wave of Far-Right Politics. From the Streets to Parliament*, London 2023, S. 189–204.

habe, der rechtspopulistischen Konkurrenz das Wasser abzugraben.<sup>35</sup> Ob dieses Rezept auf Länder wie Deutschland übertragbar wäre, lässt sich jedoch bezweifeln.

Verringern lässt sich das populistische Wählerpotenzial nur, wenn es der Politik gelingt, den Bürgern eine überzeugende Erzählung von der künftigen Entwicklung der Gesellschaft zu vermitteln, die vorhandene Ängste abbaut und den beschriebenen Fragmentierungstendenzen entgegentritt. So abgenutzt die Formel von der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts klingen mag, beschreibt sie doch treffend, worauf es ankommt, nämlich einerseits die Herstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit, die dem abgestiegenen bzw. sich vor Abstieg fürchtenden Teilen der Gesellschaft auch in materieller Hinsicht Respekt zollt, und andererseits »die Sicherung allgemeiner kultureller Güter und Normen«<sup>36</sup>, um wieder mehr Gemeinschaftlichkeit zu ermöglichen und im besten Falle ein Wir-Gefühl in der Gesellschaft zu erzeugen. Beides erfordert einen im Verhältnis zur Gesellschaft aktiveren, regulatorisch eingreifenden Staat, was unter den Parteien natürlich Konflikte auslösen wird. Will man diese lösen, müssen sie bereit sein, ideologischen Ballast abzuwerfen und bei bestimmten Themen über den eigenen Schatten zu springen. Dies gilt insbesondere für Union und SPD, die aufgrund ihres selbst reklamierten Volksparteiencharakters am ehesten gefragt wären, die von Reckwitz<sup>37</sup> postulierte »Rekonstitution des Allgemeinen« zu betreiben. Kommt es 2025 zu einer Neuaufgabe der Großen Koalition, worauf nach dem kaum noch gut zu machenden Ansehensverlust der Ampelregierung inzwischen manches hindeutet, hätten sie die Chance dazu.

35 Vgl. z.B. Sigmar Gabriel, »Politik mit Mut und Leidenschaft« in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. August 2023, S. 6.

36 Vgl. Andreas Reckwitz (Anm. 20), S. 441.

37 Vgl. ebd., S. 435 ff.